

## **„Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“**

## **Inhalt**

|                                                                                              |    |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. Der Dortmunder Aktionsplan: Vorbemerkung zum Entstehungsprozess .....                     | 3  |
| 2. Positionsbestimmung .....                                                                 | 4  |
| 3. Handlungsfelder .....                                                                     | 6  |
| 3.1 Organisierter Rechtsextremismus .....                                                    | 6  |
| 3.2 Information und Aktivierung der Stadtgesellschaft .....                                  | 8  |
| 3.3 Institutionen und Akteursnetzwerke .....                                                 | 10 |
| 3.4 Stadtteilarbeit .....                                                                    | 11 |
| 3.5 Schutz und Hilfe für von rechtsextremer Gewalt bedrohte und betroffene<br>Menschen ..... | 13 |
| 4. Strategische Umsetzung.....                                                               | 14 |

## **1. Der Dortmunder Aktionsplan: Vorbemerkung zum Entstehungsprozess**

Der Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus basiert auf einem Beschluss des Rates der Stadt Dortmund vom 11. September 2007. Darin forderte der Rat Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft auf, das Problem des Rechtsextremismus in Dortmund zu analysieren, bestehende Strukturen und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus effektiv zu vernetzen sowie ein umfassendes städtisches Handlungskonzept für Vielfalt, Demokratie und Toleranz zu erstellen.

Zur Umsetzung und Koordinierung der im Aktionsplan genannten Ziele und Aufgaben berief der Oberbürgermeister einen ehrenamtlichen Sonderbeauftragten. Zur Unterstützung dieser Arbeit wurde im Rathaus die "Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" eingerichtet. Um zivilgesellschaftliche Aktionen zu unterstützen, wird seit 2008 vom Rat der Stadt ein Aktionsfonds mit Finanzmitteln ausgestattet. Zudem wurde beim Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld eine umfangreiche Studie mit dem Titel „Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund“ in Auftrag gegeben. Die Untersuchung wurde im Januar 2010 vorgestellt.

Der Partizipationsprozess zur Entwicklung des Dortmunder Aktionsplans wurde im Jahr 2010 mit Hilfe von Workshops organisiert. Beteiligt waren wesentliche Akteure der Dortmunder Zivilgesellschaft, die gegen Rechtsextremismus tätig sind, und Mitarbeiter der Stadtverwaltung aus unterschiedlichen Ämtern. Im Zentrum der Workshops stand die Identifizierung von prioritären Handlungs- und Problemfeldern im Kampf gegen Rechtsextremismus in Dortmund. Die nachfolgenden Systematisierungen basieren maßgeblich auf der dort geleisteten konstruktiven und zielgerichteten Arbeit.

Die Arbeit in den Workshops ist eine partizipative Form der Bilanzierung der bisherigen Aktivitäten Dortmunder Akteure zur Stärkung der lokalen Demokratie sowie beim Kampf gegen Rechtsextremismus und soll zukünftig bei der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Aktionsplans fortgesetzt werden. Dazu benötigen wir eine breite Unterstützung der Zivilgesellschaft. Ziel dieses Aktionsplans ist es, einen höchstmöglichen Grad von Verbindlichkeit zu erreichen.

## **2. Positionsbestimmung**

Dortmund ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Ein Blick in die Geschichte und Entwicklung unserer Stadt zeigt, wie sehr wir von der kulturellen Vielfalt und den Impulsen von Menschen, die Dortmund als ihre neue Heimat begriffen haben, profitieren konnten.

Der Rat der Stadt Dortmund stellt mit Sorge den Anstieg extremistischer Gewalt fest. Diese Entwicklung nehmen wir sehr ernst. Es ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte in unserer Stadt, den Versuchen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu untergraben und ein Klima der Einschüchterung und des Fremdenhasses zu verbreiten, entschieden entgegenzutreten. Der Rat wird sich jeglicher Form politisch motivierter Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung entschieden entgegensetzen. In Dortmund haben gewalttätige politische Aktions- und Ausdrucksformen keinen Platz.

Der Rat der Stadt möchte die demokratische Kultur und die bürgerschaftliche Beteiligung zur Stärkung unseres Gemeinwesens in Dortmund weiterentwickeln. Unser gemeinsames Ziel ist eine inklusive Stadtgesellschaft, die die Teilhabe aller Gruppen unserer Gesellschaft fördert und aktiv unterstützt. Dies gilt in besonderem Maße für Gruppen, deren Teilhabechancen geringer sind, als es wünschenswert wäre. Wir betonen selbstverständlich vor dem Hintergrund des Gender-Prinzips die Notwendigkeit von Einbeziehung und Partizipation aller Menschen in Dortmund auch auf Grund der Tatsache, dass rechtsextremistische Strömungen und Aktivisten in Dortmund und anderswo gerade solchen Gruppen bzw. „Minderheiten“ elementare demokratische Rechte vorenthalten wollen.

Rechtsextreme werten ab, um sich selbst aufwerten zu können. Dieser gefährliche Mechanismus ist systematisch von Prof. Wilhelm Heitmeyer und seinem Forschungsteam der Universität Bielefeld im Konzept der ‚gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘ analysiert worden. Der Analyse zufolge greifen Rechtsextreme auf das menschenverachtende und zynische Konstrukt „Volksgemeinschaft“ zurück. Sie bestimmen dabei - wie der historische Nationalsozialismus - ‚wer zur „Volksgemeinschaft“ gehört und wer aus rassistischen, antisemitischen, politischen, sozialen oder anderen Gründen nicht dazugehört. Sie nehmen als genetische Rassisten für sich in Anspruch, allein berechtigt zu sein, eine Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ zu definieren.

Der Rat der Stadt weiß, wohin diese demokratie- und menschenfeindliche Ideologie in Dortmund in der Vergangenheit leider geführt hat und auch heute führt: zu Gewaltexzessen mit Todesopfern und Verletzten, aber auch zu konkreten Bedrohungen von Anwohner/innen und Geschäftsleuten sowie einem latenten Anwachsen von Bedrohungsgefühlen speziell in einzelnen Dortmunder Stadtteilen.

Rechtsextremismus ist ein Problem, das nicht allein Jugendliche betrifft und auch nicht einzelne soziale Schichten. Rechtspopulistische und rechtsradikale Gedanken gibt es in allen Altersstufen und in allen Gruppen unserer Gesellschaft.

Erfreulicherweise nehmen Maßnahmen und Aktionen gegen Rechtsextremismus in Dortmund ständig zu. Ein dichtes Netz zivilgesellschaftlicher und städtischer Einrichtungen arbeitet seit vielen Jahren an der Bekämpfung des organisierten Rechtsextremismus und an der Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie. In der Anlage sind diese vielfältigen Aktivitäten dokumentiert und nach den folgenden Handlungsfeldern systematisiert.

### **3. Handlungsfelder**

#### **3.1 Organisierter Rechtsextremismus**

##### **Problemlage**

Die Untersuchung „Rechtsextremistische Strukturen in Dortmund“, die im Rahmen der Studie „Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund“ 2009 vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld durchgeführt wurde, hat detailliert die Problemlagen zum organisierten Rechtsextremismus in Dortmund beleuchtet und hierbei wichtige Strukturen und Strategien der rechten Szene offengelegt. Der lokale Rechtsextremismus hat verschiedene Schattierungen, v.a. zu nennen sind aber die Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld und insbesondere die Autonomen Nationalisten.

Mit den „Autonomen Nationalisten“ erhielten neuere Aktionsformen Einzug: Vermehrt werden neonazistische Graffiti gesprüht, regelmäßig Plakate und Aufkleber verklebt. Seit 2008 wenden sich Neonazis verstärkt an Schülerinnen und Schüler und bedienen sich dabei der Symbole und Trends der jugendkulturellen Szenen. Immer wieder tauchen Neonazi-Gruppen vor Unterrichtsbeginn vor Dortmunder Schulen auf, um ihr professionell gemachtes Werbematerial zu verteilen. Den jugendlichen Szene-Mitgliedern soll eine umfangreiche Erlebniswelt geboten werden, die viel „Action“ verspricht: Dazu zählen ein vermitteltes Gefühl von Stärke und „revolutionärem Willen“, häufige Flugblatt-Verteilaktionen, kleinere „spontane“ Aktionen, Konzerte und Partys. Dazu zählen allerdings auch nächtliche Sachbeschädigungen und gewalttätige, äußerst brutale Übergriffe auf als „gegnerisch“ ausgemachte Jugendliche und deren Familien. Immer wieder machen Neonazis in Dortmund gezielt Jagd auf politisch Andersdenkende. Erklärtes Feindbild ist das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland, dem man beweisen will, dass „Dortmund unsere Stadt ist“. Zu ihren Gegner erklären sie neben „linken“ Jugendlichen alle diejenigen, die sich den Neonazis in den Weg stellen. Neben Angriffen auf Personen sind immer wieder Parteibüros (Linkspartei, Grüne), Wohnhäuser von Nazi- Gegnern oder Lokale und Geschäfte aus dem alternativen Umfeld, aber auch die Polizei Ziel von Attacken. Ein Höhepunkt der neonazistischen Gewalt war am 1. Mai 2009 erreicht, als circa 400 Neonazis die Kundgebung des DGB zum Tag der Arbeit in Dortmund angriffen.

##### **Strategische Ziele**

Zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft gegen die hier nur grob skizzierten extremistischen Umtriebe werden Maßnahmen und Projekte (fort-)entwickelt, die sich an folgenden strategischen Zielen orientieren:

- Die Nachwuchsgewinnung wird den rechtsextremen Kadern erschwert werden.
- Ausstiege aus der rechten Szene werden erleichtert und die bestehenden Ausstiegsangebote weiterentwickelt.
- Ein regelmäßiges Informationsangebot für die Bevölkerung wird entwickelt.
- Zivilgesellschaftliche Vereine und Gruppen sowie kommunale und staatliche Institutionen zu stärken, um Einschüchterung und Bedrohung durch Rechtsextreme wirkungslos zu machen, ist eine Daueraufgabe.

- Die Klärung des Umgangs und der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Rats- und Bezirksvertretungs-Mitgliedern besitzt hohe Priorität.
- Aktionsräume und Entfaltungsmöglichkeiten des organisierten Rechtsextremismus werden nachhaltig eingeschränkt. Es gilt, den öffentlichen Raum auch weiterhin zivilgesellschaftlich zu besetzen.
- Die Strategie der Polizei bei rechtsextremen Großdemonstrationen nimmt der Rat der Stadt positiv zur Kenntnis. Sie hat in den letzten Jahren mitgeholfen zu verhindern, dass Rechtsradikale in SA-Manier durch unsere Stadt marschieren.

## **Maßnahmenvorschläge**

- Ein Beratungsangebot für Eltern und Bezugspersonen von rechtsextremistischen Jugendlichen wird weiterentwickelt.
- Zielgruppenspezifische Angebote für Schülerinnen und Schüler, die rechtsextremistischen Gruppierungen angehören oder mit deren Gedankengut sympathisieren, werden erarbeitet.
- Für Jugendliche, die einen rechtsextremen Hintergrund haben, bzw. die sich selbst der rechtsextremen Szene nahe oder zugehörig fühlen, wird ein spezielles soziales Trainingsangebot vorgehalten.
- Die Polizei wird aufgefordert, ständig und eng die Dortmunder rechtsextremen Führungskader zu überwachen.
- Informationen über rechtsextreme Strukturen und deren Funktionäre werden systematisch gesammelt, gebündelt, dokumentiert und weitergegeben.
- Bei Aufmärschen müssen Raumgewinne der Nazis aktiv verhindert werden.

## **3.2 Information und Aktivierung der Stadtgesellschaft**

### **Problemlage**

Die Stärkung der lokalen Demokratie und die gemeinsame Arbeit gegen Rechtsextremisten, die unser Gemeinwesen in Dortmund attackieren und bedrohen, ist langfristige Herausforderung und Daueraufgabe zugleich. Hierbei gilt es, die Bevölkerung ständig über rechtsradikale Entwicklungen in unserer Stadt zu informieren, alle Teile der Stadtgesellschaft mit möglichst passgenauen Angeboten zu sensibilisieren und zur Mitwirkung am Dortmunder Aktionsplan zu aktivieren. Es geht dabei sowohl um Gruppen, die schon lange erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextreme in Dortmund machen, aber auch um andere, die bisher noch nicht im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen.

### **Strategische Ziele**

- Die Werte unserer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft werden herausgestellt, die menschenverachtende Ideologie der Rechtsextremisten wird entlarvt.
- Die Stadtgesellschaft wird sensibilisiert im Umgang mit Ausprägungsarten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Interkulturelle Kompetenzen werden gefördert.
- Die Stadtgesellschaft wird aktiviert für bürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage zur Stärkung der lokalen Demokratie.
- Es werden verstärkt Handlungskompetenzen und Informationen an die gesamte Stadtgesellschaft sowie relevante Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vermittelt.
- Die bereits vielfältig vorhandenen Angebote zur Prävention gegen Rechtsextremismus müssen gebündelt, weiterentwickelt und noch besser als bisher bekannt gemacht werden.

### **Maßnahmenvorschläge**

- Eine Informationsbroschüre und ein Internetauftritt mit Angaben über alle Ansprechpartner, Angebote und Fördermöglichkeiten werden erarbeitet .
- Um eine möglichst große Reichweite zu erzielen, sollen verschiedene Netzwerke angesprochen und aktiviert werden. Multiplikatoren in Institutionen und Verbänden werden zunächst für die Problematik sensibilisiert. In der Folge entwickeln Mitglieder des Akteursnetzwerks mit Vertretern der Gruppen konkrete Unterstützungsmaßnahmen für das jeweilige Netzwerk.
- Angebote mit dem Ziel der Demokratieförderung und Einübung von Zivilcourage für Schulen, Ausbildungsbetriebe, Jugendliche im außerschulischen Bereich und Multiplikatoren werden weiterentwickelt.
- Erlebnispädagogische Maßnahmen werden weiter ausgebaut.
- In den Einrichtungen der Jugendhilfeträger sollen die Vermittlung von demokratischen Normen und Werten und die Auseinandersetzung mit diesem Thema als erkennbarer Schwerpunkt in der alltäglichen Arbeit für die Jugendlichen noch deutlicher werden.

- Es muss öffentlichkeitswirksame Aktionen zur Information über Ziele und Strategien der Rechtsextremen an jenen Dortmunder Schulen geben, die (wiederholt) von der rechtsextremen Szene aufgesucht werden.
- In Zusammenarbeit mit dem Jugendring und der Polizei Dortmund sowie verschiedenen städtischen Ämtern werden gezielte präventive Maßnahmen mit den weiterführenden Schulen in Dortmund entwickelt und durchgeführt. Diese haben zum Ziel, demokratische Werte zu vermitteln und die menschenverachtende Ideologie der Rechtsextremen zu entlarven.
- Jugend- und Schülerinnen- und Schülergruppen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, werden unterstützt.
- Es sollen spezielle Programme für die Arbeit mit Lebensälteren entwickelt werden, auch weil diese einen nicht zu überschätzenden Einfluss auf die jüngere Generation haben.
- Mehr Projekte zum Erwerb interkultureller Kompetenz werden entwickelt. Dabei ist auch eine Verknüpfung mit den Kultureinrichtungen der Stadt, u. a. dem Schauspiel, denkbar.
- Regelmäßige öffentliche Konferenzen werden durchgeführt, um über Personen, Strukturen, Strategien und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Dortmund und darüber hinaus zu beraten und zu informieren.
- Gemeinsam mit den Sportvereinen sollen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus angestoßen werden. Einer im Verein eventuell vorhandenen Tendenz zum Rassismus sollte durch eine Anpassung der Vereinssatzung der Nährboden entzogen werden.
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte müssen stärker als bisher für das Thema Rechtsextremismus in unserer Stadt sensibilisiert und aktiviert werden.
- Der Rat der Stadt fordert alle weiterführenden Schulen in Dortmund auf, sich um die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu bewerben und entsprechende Konzepte zur Demokratieförderung in ihren Schulen zu entwickeln und umzusetzen. Die Schulverwaltung wird aufgefordert, eine entsprechende pädagogisch-didaktische Begleitung zu gewährleisten.
- Die Zusammenarbeit mit den Medien zum Thema Rechtsextremismus soll verstärkt werden.
- Ein Solidaritätszeichen gegen Rechtsextremismus soll entwickelt werden.

### **3.3 Institutionen und Akteursnetzwerke**

#### **Problemlage**

So vielfältig die Aktivitäten zur Stärkung der lokalen Demokratie und in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sind, so deutlich wurde im Rahmen des Partizipationsprozesses sichtbar, dass es in Dortmund noch etliche Bereiche gibt, die künftig gezielt aktiviert werden sollten bzw. mit denen eine noch intensivere Zusammenarbeit vereinbart und abgestimmt werden könnte. Gegen rechtsextreme Umtriebe geschieht in unserer Stadt schon jetzt sehr viel. Eine noch bessere Abstimmung der verschiedenen Aktivitäten ist aber dringend erforderlich.

#### **Strategische Ziele**

- Kooperation und Vernetzung der beteiligten Akteure sollen gestärkt und der Informationsfluss optimiert werden.
- Sowohl einzelne Akteure als auch bestehende Netzwerke gegen Rechtsextremismus werden vermehrt unterstützt.
- Es ist eine Daueraufgabe, neue Akteure aus Gesellschaft, Wirtschaft und städtischen Einrichtungen zur Mitwirkung in vorhandenen Strukturen zu gewinnen.
- Die bestehenden und neuen Akteure (Institutionen, Unternehmen, Vereine, Verbände, Initiativen etc.) gegen Rechtsextremismus erfahren eine Aktivierung und Qualifizierung im entsprechenden Handlungsbereich.

#### **Maßnahmenvorschläge**

- Zweimal im Jahr wird durch die Koordinierungsstelle eine große Akteurskonferenz ins Rathaus eingeladen.
- Die Abstimmung der Akteure bei Maßnahmen gegen Rechtsextremismus – wie z. B. bei Aufmärschen – wird verbessert.
- Die lokale Wirtschaft in Dortmund ist noch mehr als bisher gefordert, materielle und immaterielle Unterstützung bei der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Schwächung des Rechtsextremismus zu leisten.
- Der Rat der Stadt fordert alle städtischen Ämter und stadteigenen Betriebe auf, geeignete Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu entwickeln und umzusetzen.
- Der Wissenstransfer unter den Aktiven wird gefördert. Dazu soll es auch einen Erfahrungsaustausch mit anderen betroffenen Städten geben, etwa im Rahmen einer Konferenz über rechtsextreme Aktivitäten in Großstädten.

### **3.4 Stadtteilarbeit**

#### **Problemlage**

Übergriffe auf Personen, die die Neonazis als ihre potenziellen Gegner ausmachen, aber auch auf deren Büros, Lokale und Geschäfte fanden bereits in der ganzen Stadt statt.

Hier lassen sich keine spezifischen Operationsfelder der Neonazis ausmachen. Anders ist das mit den Räumen, die die Neonazis als „ihre Gebiete“ beanspruchen. In der Regel konzentrieren sie sich auf begrenzte Räume, in denen sie ihre „Macht“ ausüben wollen. Ein Beispiel das Wohngebiet um den Steinauweg, wo sich seit geraumer Zeit vermehrt Anhänger der dortigen Skinhead-Front einquartieren. Sie versuchen ihren Herrschaftsanspruch mit gezielter Bedrohung und Übergriffen auf die lokale Bevölkerung umzusetzen. Diese Aktionsräume beschränken sich jedoch nicht auf einen Stadtteil. Zudem können sie sich jederzeit in andere Teile der Stadt verlagern. Diese Gebiete bedürfen spezieller Aktionsformen, um den Neonazis klar zu machen, dass die von ihnen aufgestellten Hegemonieansprüche keinen Bezug zur Realität haben und auch in Zukunft nicht haben werden.

#### **Strategische Ziele**

- Folgende Ziele zur Stärkung der Stadtteile und -bezirke gegen Rechtsextremismus werden angestrebt:
- Es gilt, die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung im Stadtteil in der Arbeit gegen Rechtsextremismus zu verbessern.
- Initiativen und Gruppen gegen Rechtsextremismus vor Ort werden gefördert.
- Die Präventionsarbeit in allen Stadtteilen und für alle Stadtteile in Dortmund wird intensiviert.
- Die Stadtgesellschaft unterstützt Stadtteile, in denen die Präsenz von Rechtsextremisten zu einem erheblichen Problem geworden ist.
- Es werden Strategien entwickelt für Stadtteile mit verfestigten rechtsextremen Strukturen.
- Die erfolgreiche Arbeit der bisher bestehenden Runden Tische soll durch die Stadt Dortmund gestärkt und in weiteren Stadtteilen implementiert werden.

#### **Maßnahmenvorschläge**

- In den Stadtbezirken werden bürgerschaftliche Zusammenschlüsse aus allen wesentlichen sozialräumlichen Akteuren und gesellschaftlichen Gruppierungen gebildet. Dabei werden vorhandene Strukturen in den Stadtteilen für die Vernetzungsarbeit gegen Rechtsextremismus genutzt. Die jeweiligen Zusammenschlüsse nehmen in ihrem Stadtteil folgende Aufgaben wahr: Beobachtung der Entwicklungen im Stadtteil; Informationsaustausch und strategische Absprachen; Entwicklung von gezielten demokratischen Aktivitäten; Beratung von Einzelpersonen und Gruppen.
- Es sollen stadtteilbezogene Notfallpläne zur gegenseitigen schellen Hilfe und Unterstützung bei rechtsextremen Aktivitäten erarbeitet werden.
- Wohnungsbaugesellschaften müssen für die Arbeit gegen Rechtsextremismus gewonnen werden.

- Der Runder Tisch für Seniorenarbeit sollte für die Stadtteilarbeit gegen Rechts-extremismus genutzt werden.
- Eine Verknüpfung mit Sozialräumen des Aktionsplans „Soziale Stadt“ muss erreicht werden.
- Freiwillige sollen zu Stadtteil-Moderatoren qualifiziert werden.
- Es gilt verstärkt mit der Freiwilligen Agentur Dortmund zu kooperieren.
- Sportvereine und –akteure müssen stärker involviert werden.

### **3.5 Schutz und Hilfe für von rechtsextremer Gewalt bedrohte und betroffene Menschen**

#### **Problemlage**

Der Schutz für von rechtsextremer Gewalt bedrohte Menschen ist eine Daueraufgabe für Polizei, Stadtverwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Es ist wichtig, beim sogenannten „Opferschutz“ zu differenzieren nach den verschiedenen Erscheinungsformen von rechtsextremer Gewalt. Am dringlichsten ist es, Formen direkter körperlicher Gewalt und offensichtlicher Kriminalität zu unterbinden. Darüber hinaus arbeiten alle demokratischen Kräfte zusammen bei den in Dortmund zunehmenden Bedrohungen durch Neonazis und dem hieraus steigenden Bedrohungsgefühl für viele Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Diese Bedrohungen sind zunehmend auch im virtuellen Raum des Internets vorfindbar. Schließlich umfasst vorausschauender Opferschutz auch wirksame Prävention gegen vielfältige Formen der Diskriminierung.

#### **Strategische Ziele**

- Die gegen rechtsextreme Umtriebe in unserer Stadt Aktiven müssen geschützt werden.
- Zivilcourage muss eingeübt und gestärkt werden, etwa durch Selbstbehauptungskurse und Deeskalationstraining.
- Die Wohnbevölkerung muss vor rechtsextremer Gewalt durch die Schaffung sicherer Räume geschützt werden.

#### **Maßnahmenvorschläge**

- Eine niederschwellige, unabhängige und aufsuchende Hilfestelle für von rechtsextremer Gewalt bedrohte und betroffene Menschen wird eingerichtet. Sie hat unter anderem folgende Aufgaben wahrzunehmen: Beratung der Opfer von Überfällen und Übergriffen; Begleitung von Opfern zur Polizei und zum Gericht; Schaffung von niedrighschwelligen Kontaktangeboten (Information und Hilfe) für Opfer und Zeugen.
- Unterstützung von Bürgerinitiativen für mehr zivilgesellschaftliches Engagement.
- Trainingsangebote zu Zivilcourage und Deeskalation für Bürgerinnen und Bürger und für Mitarbeiter der Stadtverwaltung.
- Es ist unumgänglich, dass der Zeugenschutz deutlich verbessert wird. Dazu sollten Kontakte zum Bundes- und Landesgesetzgeber erwogen werden, um entsprechende Gesetzesinitiativen auf den Weg zu bringen.

#### **4. Strategische Umsetzung**

Der Lokale Aktionsplan für Dortmund ist ein kontinuierlicher und ständig weiterzuentwickelnder Prozess. Der Rat der Stadt ist an einer kontinuierlichen Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans für Dortmund interessiert und lädt hierzu alle gesellschaftlichen Gruppen und Unternehmen nachdrücklich ein.

Damit die Umsetzung des noch in seinen Zielen, Projektideen und Maßnahmen zu konkretisierenden Aktionsplans erfolgreich gelingt, sind einige auch in anderen Städten relevante Erfolgsfaktoren zu beachten. So ist es von herausragender Bedeutung, rechtzeitig inhaltliche und personelle Verknüpfungen des Aktionsplans zu weiteren kommunalen Entwicklungskonzepten und Arbeitszusammenhängen in Dortmund herzustellen.

Zur Gewinnung neuer Akteure und Mitstreitender zur Stärkung der Dortmunder Zivilgesellschaft ist es ratsam zu vermitteln, dass den „Neuen“ keine Zusatzbelastungen aufgebürdet werden, sondern dass sie vom bestehenden Akteursnetzwerk gezielt Unterstützung erhalten können für die eigene Arbeit gegen Rechtsextremismus. Es hat sich in anderen Netzwerken als sinnvoll bewährt, dass jeder Kooperationspartner seine Kernkompetenz einbringen sollte zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Dortmund.

Sofern perspektivisch weitere kommunale oder staatliche Projektgelder zur Verfügung stehen, können die vorhandenen Förderkriterien erweitert werden. Der Rat der Stadt Dortmund bemüht sich hierbei um die Akquisition von staatlichen Fördermitteln aus Landes und Bundesprogrammen, um die Wirksamkeit von Projekten zu erhöhen und um die Nachhaltigkeit von Strukturen gegen Rechtsextremismus zu sichern.

Weiterhin kommt der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie eine besondere Rolle zur Steuerung des anspruchsvollen Prozesses zur permanenten Weiterentwicklung und Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Dortmund zu. Besonders wichtig ist es hierbei, die Zivilgesellschaft in all ihren unterschiedlichen Facetten in diesen Prozess einzubinden.

Darüber hinaus muss in diesem Kontext das vorhandene Ämternetzwerk erweitert werden, um alle relevanten Ämter und Dienststellen der Dortmunder Stadtverwaltung bei der Mitarbeit am Lokalen Aktionsplan für Dortmund einzubinden. Je nach Kompetenz und Wissensstand können verwaltungsinterne Ressourcen somit optimal in den Aktionsplan eingespeist werden. Das stetig durch kompetente Partner zu erweiternde Akteursnetzwerk sollte die Koordinierungsstelle bedarfsweise entlasten und nicht alle Aufgaben an die „Netzwerkmanager“ delegieren.

Nur durch eine gemeinsame Verantwortung beim Kampf gegen Rechtsextremismus können die lokale Demokratie und die Zivilgesellschaft in Dortmund nachhaltig gestärkt werden.

Die rechtsextremen Aktivitäten in Dortmund wirken weit über unsere Stadt hinaus. Der Rat der Stadt bittet aus diesem Grunde die Landesregierung NRW sowie die Bundesregierung, Dortmund im Kampf gegen Rechtsextremismus zu unterstützen.

Unsere Stadt ist für die rechtsextreme Szene ein Anker- und Kumulationspunkt, sie dient Rechtsextremisten als Brückenkopf für Aktionen im ganzen Bundesgebiet.

Eine Unterstützung durch übergeordnete Institutionen gilt insbesondere bezüglich der Finanzierung von Projekten und Kampagnen, die die Stadt Dortmund nicht alleine schultern kann. Sie benötigt ergänzende Finanzierungsmittel der föderalen sowie der EU-Ebene, damit die in unserer Stadt initiierten Projekte langfristig und dauerhaft gesichert werden. Weil erfolgreiche Initiativen zudem von stabilen Trägerorganisationen abhängig sind, ist es ferner wichtig, nicht nur die reine Projektarbeit zu unterstützen und zu finanzieren, es sind vielmehr Investitionen gerade in die Infrastruktur von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen erforderlich.